



Bern, 19.9.2025

Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt

Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage und Inhalt der Vorlage	4
1.1	Ausgangslage	4
1.2	Inhalt der Vorlage	4
1.3	Angaben zum Vernehmlassungsverfahren	4
1.3.1	Überblick einzelne Stellungnahmen EP27	4
2	Auswertung der Stellungnahmen	4
2.1	Allgemeinde Beurteilung der Vorlage	4
2.1.1	Kantone	4
2.1.2	In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	5
2.1.3	Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete	6
2.1.4	Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	6
2.1.5	Weitere interessierte Kreise	6
2.2	Vernehmlassungsergebnis Adressaten	6
2.2.1	Verzicht auf Anschubfinanzierungen für Digitalisierungsprojekte	6
2.2.2	Verzicht auf Beitrag an das Auslandangebot der SRG	7
2.2.3	Verzicht auf Entschädigungen an Einsatzbetriebe für Einsätze von Zivildienstpflichtigen	7
2.2.4	Stärkung der Nutzerfinanzierung der kantonalen Hochschulen	7
2.2.5	Verzicht auf projektgebundene Beiträge an die Hochschulen	8
2.2.6	Kürzung des Bundesbeitrags für Innosuisse	8
2.2.7	Aufhebung der Förderbestimmungen im Weiterbildungsgesetz	8
2.2.8	Kürzung der Berufsbildungsausgaben auf die Richtgrösse	9
2.2.9	Verzicht auf die Unterstützung der kantonalen französischsprachigen Schule in Bern	9
2.2.10	Kürzung des Beitrags an Modellversuche im Straf- und Massnahmenvollzug auf 50 Prozent	9
2.2.11	Kürzung der indirekten Presseförderung	10
2.2.12	Verzicht auf Beitrag Ausbildung Programmschaffende	10
2.2.13	Verzicht auf Beiträge Verbreitung Programme in Bergregionen	10
2.2.14	Verzicht auf Entsorgungsbeiträge	11
2.2.15	Entflechtung zwischen Bund und AHV	11
2.2.16	Dämpfung der Ausgabenentwicklung im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung	11
2.2.17	Verkürzung der Abgeltungspflicht für die Globalpauschalen auf 4 Jahre	12
2.2.18	Verzicht auf Ausbildungsbeiträge Opferhilfe	12
2.2.19	BIF: Kürzung der Einlagen	12
2.2.20	Verzicht auf Förderung des grenzüberschreitenden Personenschienenverkehrs	13
2.2.21	Teilverzicht auf Förderung alternativer Antriebssysteme für Busse und Schiffe	13
2.2.22	Verzicht auf Beiträge für automatisiertes Fahren	13
2.2.23	Kürzung der allgemeinen Strassenbeiträge	14
2.2.24	Kürzung der Bundesbeiträge an Regionalflughäfen auf Bundesinteressen	14
2.2.25	BAFU: Verzicht auf Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen	14

2.2.26	Verzicht auf weitere Fondseinlagen Landschaft Schweiz.....	15
2.2.27	Verzicht auf Förderung im Bereich Bildung und Umwelt	15
2.2.28	Verzicht auf Beihilfen Viehwirtschaft	15
2.2.29	Erhöhung Versteigerung Zollkontingente	16
2.2.30	Kürzung der Landschaftsqualitätsbeiträge auf 50 Prozent	16
2.2.31	Priorisierungen bei Subventionen für Klimapolitik	16
2.2.32	BFE: Verzicht auf Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen ...	17
2.2.33	Regionalpolitik: Verzicht auf weitere Fondseinlagen und auf Steuererleichterungen	17
2.2.34	Kürzung des soziodemografischen Lastenausgleichs.....	18
2.2.35	Höhere Besteuerung von Kapitalbezügen der 2. und 3. Säule.....	18
2.2.36	Änderung Subventionsgesetz	18
2.3	Vernehmlassungsergebnis weitere interessierte Kreise	19
2.4	Rückmeldung zu Massnahmen ohne Gesetzesänderung	21
3	Adressatenverzeichnis	22
3.1	Kantone	22
3.2	In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	22
3.3	Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete	23
3.4	Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	23

1 Ausgangslage und Inhalt der Vorlage

1.1 Ausgangslage

Der Bundesrat hat am 29. Januar 2025 das Vernehmlassungsverfahren zum Entlastungspaket 27 (EP27) eröffnet. Es dauerte bis am 5. Mai 2025. Die Vorlage soll den Bundeshaushalt wieder ins Gleichgewicht bringen.

1.2 Inhalt der Vorlage

Die Bereinigung des Bundeshaushalts soll mehrheitlich ausgabenseitig erfolgen, weil die Defizite im Wesentlichen auf ein zu starkes Ausgabenwachstum zurückzuführen sind. Über 90 Prozent des Entlastungsvolumens entfallen auf die Ausgabenseite. Der Bundesrat erachtet es als wichtig, dass alle Aufgabenbereiche einen Beitrag leisten. Die Vernehmlassungsvorlage umfasst 59 Massnahmen, davon erfordern 36 eine Gesetzesänderung. Diese Gesetzesänderungen wurden in einem Mantelerlass zusammengefasst.

1.3 Angaben zum Vernehmlassungsverfahren

Adressaten der Vernehmlassung waren: (1) die Kantone, (2) die in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien, (3) die gesamtschweizerischen Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete sowie (4) die gesamtschweizerischen Dachverbände der Wirtschaft. Daneben nahmen zahlreiche interessierte Kreise an der Vernehmlassung teil.

Insgesamt gingen zu dieser Vernehmlassungsvorlage mehr als 1'500 einzelne Stellungnahmen ein. Zudem reichte die FDP rund 6'900 weitgehend gleichlautende Vernehmlassungsantworten von Privatpersonen gegen die vorgeschlagene Steuererhöhung bei Kapitalbezügen aus der zweiten und dritten Säule ein.

1.3.1 Überblick einzelne Stellungnahmen EP27

Adressaten	Begrüssst	Antworten
Kantone/KdK	27	27
In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	10	8
Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete	3	3
Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	8	8
Weitere interessierte Kreise		1'458

2 Auswertung der Stellungnahmen

2.1 Allgemeine Beurteilung der Vorlage

2.1.1 Kantone

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat am 14. März 2025 eine erste Stellungnahme eingereicht. Sie lehnt darin Entlastungsmassnahmen ab, wenn

1. ein Aufgabenbereich Teil des Projekts «Entflechtung 27» betroffen ist,
2. Volksentscheide der laufenden und der letzten Legislatur betroffen sind,
3. in einem Bereich gemeinsam festgelegte Strategien und Ziele bestehen,
4. die Kantone bei gemeinsam finanzierten Bereichen aufgrund der Vorgaben keinen Handlungsspielraum haben sowie

5. in einem Bereich bereits eine gesetzlich vorgesehene Wirksamkeitsüberprüfung stattfindet.

Am 12. Juni 2025 hat die KdK eine ergänzende Stellungnahme veröffentlicht. Angesichts der angespannten finanzpolitischen Lage des Bundes sehen die Kantonsregierungen im Vergleich zur ersten Stellungnahme nunmehr die Möglichkeit für ein Entgegenkommen im Umwelt- und Energiebereich, bei der Volkswirtschaft und beim Verkehr. Zudem sieht die KdK zusätzliches Sparpotential beim Personalaufwand der Bundesverwaltung, bei einer effizienteren Umsetzung von Programmvereinbarungen sowie im Asylbereich (Beschleunigung Verfahren, konsequente Rückführungen sowie bessere Abwehr irregulärer Migration).

Die grosse Mehrheit der Kantone hat zusätzlich zur Eingabe der KdK eigene Stellungnahmen eingereicht (23 Kantone). Einzig die Kantone Zug und Schwyz unterstützen das Paket über weite Strecken. Nidwalden und Thurgau äussern ebenfalls teilweise Verständnis für den Bund. Die restlichen Kantone lehnen wie die KdK weite Teile des Pakets ab. Die Ablehnung ist besonders bei jenen Massnahmen gross, die potenziell Auswirkungen auf die Kantone haben könnten (u.a. Stärkung Nutzerfinanzierung Hochschulen, Kürzung Berufsbildungsausgaben, Verkürzung Abgeltungspflicht Globalpauschalen, Kürzung Einlagen BIF, Teilverzicht alternative Antriebssysteme, Kürzung Landschaftsqualitätsbeiträge, Priorisierungen Klimapolitik, Kürzung soziodemografischer Lastenausgleich etc.).

2.1.2 In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien

Mitte, EDU, EVP, FDP und SVP unterstützen die Vorlage im Grundsatz und betonen die Wichtigkeit einer nachhaltigen Stabilisierung der Bundesfinanzen und das Einhalten der Schuldenbremse. Der Fokus auf ausgabenseitige Massnahmen wird begrüsst. Mitte, EDU, FDP und SVP lehnen die vorgeschlagene Steuererhöhung bei Kapitalbezügen der zweiten und dritten Säule ab. Zudem lehnen SVP und EDU einzelne Entlastungsmassnahmen im Agrarbereich ab – zur Kompensation werden weitere ausgabenseitige Massnahmen vorgeschlagen (u.a. Kürzung IZA-Ausgaben, Kürzung Eigenbereich Bund etc.). Die Mitte verlangt die Prüfung von zusätzlichen einnahmenseitigen Massnahmen (u.a. Prüfung Finanzmarkttransaktionssteuer, Aufhebung Steuerbefreiung öffentlich-rechtlicher Anstalten der Kantone [Kantonalbanken], stärkere finanzielle Beteiligung SBB-Immobilien an Bahninfrastruktur, Alternativvorschlag Besteuerung Kapitalbezüge etc.).

Die GLP anerkennt, dass der Bundeshaushalt aus dem Gleichgewicht geraten ist. Das vorliegende Entlastungspaket setze aber die falschen Schwerpunkte (u.a. werden fast alle grösseren Entlastungsmassnahmen, etwa im Klima- und Umweltbereich, im Bildungsbereich, die Abgeltungspflicht Globalpauschalen Migration, die Kostendämpfung obligatorische Krankenversicherung, die Kürzung soziodemografischer Lastenausgleich sowie die höhere Besteuerung von Kapitalbezügen abgelehnt). Stattdessen fordert die GLP u.a. Reformen in den Bereichen (Strassen-)Verkehr und Altersvorsorge sowie eine Anpassung der Schuldenbremse.

Die Grünen und die SP lehnen das EP27 ab. Für das Paket gebe es keine rechtliche und finanzpolitische Notwendigkeit, stattdessen müssen die Armeeausgaben einnahmenseitig gegenfinanziert werden (vorgeschlagen werden u.a. Finanzmarkttransaktionssteuer, nationale Erbschaftssteuer, Einführung Grundstückgewinnsteuer, Erhöhung Bundesanteil an Erträgen der OECD-Mindeststeuer, Erhöhung Lohnbeiträge für Finanzierung 13. AHV-Rente etc.). Zudem wird eine Reform der Schuldenbremse verlangt. Die Grünen heissen die höhere Besteuerung der Kapitalbezüge, die Kürzung

der Bundesbeiträge an die Regionalflughäfen sowie einzelne Landwirtschaftsmassnahmen gut.

2.1.3 Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

Der schweizerische Gemeinde- (SGV) und der Städteverband (SSV) sowie die schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) lehnen insbesondere die Massnahmen ab, die finanzielle Auswirkungen auf Kantone und Gemeinden haben. Ausserdem wird der fehlende Einbezug in die Ausarbeitung der Vorlage bemängelt.

2.1.4 Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft

Economiesuisse, der schweizerische Gewerbeverband (sgv), der schweizerische Arbeitgeberverband (SAV), der kaufmännische Verband (KFMV) sowie die schweizerische Bankiervereinigung (SBVg) unterstützen das Entlastungspaket grundsätzlich. Allerdings sei eine Entlastung ausschliesslich über die Ausgabenseite zu erreichen. Einnahmeseitige Massnahmen und insbesondere die Erhöhung der Besteuerung von Kapitalbezügen aus der zweiten und dritten Säule werden abgelehnt. Als finanzieller Ersatz werden zusätzliche Kürzungen im Eigenbereich des Bundes gefordert. Zudem sprechen sich der SGV, SAV und der kaufmännische Verband insbesondere gegen die Kürzung der Berufsbildungsausgaben aus.

Der Schweizer Bauernverband (SBV) lehnt die Massnahmen im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft ab. Der schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) sowie Travail.Suisse lehnen das Entlastungspaket ab, kritisieren die Fokussierung auf ausgabeseitige Entlastungsmassnahmen und fordern stattdessen eine Reform der Schuldenbremse und einnahmeseitige Massnahmen.

2.1.5 Weitere interessierte Kreise

Die Stellungnahmen der weiteren interessierten Kreise äussern sich grossmehrheitlich jeweils ablehnend zu jenen Massnahmen, von denen sie betroffen sind. Die einzelnen Stellungnahmen äussern sich demnach nur zu wenigen Massnahmen; die Haltung zu den unkommentierten Massnahmen ist oft unklar. Aus verwaltungsökonomischen Gründen werden die zahlreichen Stellungnahmen in Ziffer 2.3 des vorliegenden Berichts stark zusammengefasst wiedergegeben. Sämtliche Stellungnahmen sind auf der Internetseite der Bundeskanzlei einsehbar¹.

2.2 Vernehmlassungsergebnis Adressaten²

2.2.1 Verzicht auf Anschubfinanzierungen für Digitalisierungsprojekte

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.1	BE, SZ, NW, GL, ZG, BS, BL, SH, GR, TG, EVP, FDP, GLP, SVP, Economiesuisse	SO, TI, VD, VS Grüne, SPS SGB, KFMV, TS	ZH, OW, FR, GE, SAV, SBV	UR, AI, AG, SG, NE EDU, SGV, SSV, SAB sgv, SBVg

¹ <https://www.fedlex.admin.ch/> >> Vernehmlassungen >> abgeschlossen >> 2025 >> EFD

² Die KdK, die Kantone LU, AR und JU sowie die Mitte und die FDP haben keine detaillierte Rückmeldungen zu den einzelnen Entlastungsmassnahmen eingereicht.

				LU, AR, JU KdK, Mitte
--	--	--	--	--------------------------

2.2.2 Verzicht auf Beitrag an das Auslandsangebot der SRG

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.2	SZ, NW, GL, ZG, SG, TG, FDP, GLP, SVP, Economiesuisse	BS, GE EVP, Grüne, SPS SGB, TS	ZH, BE, OW, FR, SO, BL, TI, SAV, SBV, KFMV	UR, SH, AI, AG, GR, VD, NE, VS EDU, SGV, SSV, SAB, sgv, SBVg LU, AR, JU KdK, Mitte

2.2.3 Verzicht auf Entschädigungen an Einsatzbetriebe für Einsätze von Zivil- dienstpflichtigen

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.3	SZ, NW, ZG, SH, TG, FDP, SVP, Economiesuisse	ZH, BE, UR, GL, SO, BS, BL, TI EVP, Grüne, GLP, SPS SSV, SAB SGB, TS	OW, FR, GE, SAV, SBV, KFMV	AI, SG, AG, GR, VD, NE, VS EDU, SGV, sgv, SBVg LU, AR, JU KdK, Mitte

2.2.4 Stärkung der Nutzerfinanzierung der kantonalen Hochschulen

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.4	SZ, ZG, GR, EVP, FDP, SVP, Economiesuisse, SAV, KFMV	ZH, BE, OW, NW, GL, FR, SO, BS, BL, SH, AI, SG, AG, TG, TI, VD, VS, NE, GE Grüne, GLP, SPS SSV SGB, TS	SBV	UR EDU, SGV, SAB, sgv, SBVg LU, AR, JU KdK, Mitte

2.2.5 Verzicht auf projektgebundene Beiträge an die Hochschulen

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.5	SZ, NW, ZG, TG, FDP, GLP, SVP, Economiesuisse, SAV	ZH, BE, UR, OW, FR, SO, BS, BL, SH, AI, TI, VD, VS, GE, EVP, Grüne, SPS, SGB, TS	GL SBV, KFMV	SG, AG, GR, NE, EDU, SGV, SSV, SAB, sgv, SBVg LU, AR, JU, KdK, Mitte

2.2.6 Kürzung des Bundesbeitrags für Innosuisse

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.6	SZ, NW, GL, ZG, SG, TG, EVP, FDP, SVP, Economiesuisse, SAV	ZH, BE, OW, FR, SO, BS, BL, AI, AG, TI, VD, VS, NE, GE, Grüne, GLP, SPS, SSV, SGB, TS	SBV, KFMV	UR, SH, GR, EDU, SGV, SAB, sgv, SBVg LU, AR, JU, KdK, Mitte

2.2.7 Aufhebung der Förderbestimmungen im Weiterbildungsgesetz

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.7	SZ, NW, GL, ZG, SG, TG, EVP, FDP, SVP, Economiesuisse, SAV	ZH, BE, OW, FR, SO, BS, BL, SH, TI, VD, VS, GE, Grüne, GLP, SPS, SSV, SGB, KFMV, TS	SBV	UR, AI, AG, GR, NE, EDU, SGV, SAB, sgv, SBVg LU, AR, JU, KdK, Mitte

2.2.8 Kürzung der Berufsbildungsausgaben auf die Richtgrösse

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.8	NW, ZG, EVP, FDP, GLP, SVP, Economiesuisse	ZH, BE, SZ, OW, GL, FR, SO, BS, BL, SH, AI, AG, TG, TI, VD, VS, NE, GE Grüne, SPS sgv, SAV, SGB, KFMV, TS	SBV	UR, SG, GR EDU, SGV, SSV, SAB, SBVg LU, AR, JU KdK, Mitte

2.2.9 Verzicht auf die Unterstützung der kantonalen französischsprachigen Schule in Bern

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.9	SZ, NW, ZG, FDP, EVP, GLP, SVP, Economiesuisse, SAV	BE, SO Grüne, SPS, SGB, TS	ZH, OW, GL, FR, BS, BL, TI, GE, SBV, KFMV	UR, SH, AI, AG, TG, SG, GR, NE, VD, VS EDU, SGV, SSV, SAB sgv, SBVg LU, AR, JU KdK, Mitte

2.2.10 Kürzung des Beitrags an Modellversuche im Straf- und Massnahmenvollzug auf 50 Prozent

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.10	SZ, NW, GL, ZG, BS, SH, EVP, FDP, GLP, SVP, Economiesuisse	ZH, BE, UR, OW, SO, BL, TG, TI Grüne, SPS, SGB, TS	FR, GE, SAV, SBV, KFMV	AI, AG, SG, GR, NE, VD, VS EDU, SGV, SSV, SAB, sgv, SBVg LU, AR, JU KdK, Mitte

2.2.11 Kürzung der indirekten Presseförderung

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.11	SZ, NW, GL, ZG, TG, FDP, SVP, Economiesuisse	BE, SO, BS, BL, TI, VD, GE EVP, Grüne, GLP (teilweise), SPS SGV, SSV, SAB sgv, SBV, SGB, TS	ZH, OW, FR, SAV, KFMV	UR, SH, AI, AG, SG, GR, NE, VS EDU, SBVg LU, AR, JU KdK, Mitte

2.2.12 Verzicht auf Beitrag Ausbildung Programmschaffende

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.12	SZ, NW, ZG, TG, EVP, FDP, GLP, SVP, Economiesuisse, SAV	BE, FR, GE Grüne, SPS SGB, TS	ZH, OW, GL, BS, BL, TI, SBV, KFMV	UR, SH, AI, AG, TG, SG, GR, NE, VD, VS EDU, SGV, SSV, SAB, sgv, SBVg LU, AR, JU KdK, Mitte

2.2.13 Verzicht auf Beiträge Verbreitung Programme in Bergregionen

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.13	SZ, NW, ZG, TG, EVP, FDP, GLP, SVP, Economiesuisse	BE, GL, SO, TI Grüne, SPS, SAB SGB, TS	ZH, OW, FR, BS, BL, GE, SAV, SBV, KFMV	UR, SH, AI, AG, SG, GR, NE, VD, VS EDU, SGV, SSV, sgv, SBVg LU, AR, JU KdK, Mitte

2.2.14 Verzicht auf Entsorgungsbeiträge

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.14	SZ, NW, GL, ZG, BS, SH, SG, TG, TI, EVP, FDP, Grüne, GLP, Economiesuisse	ZH, BE, UR, OW, SO, AI, GE EDU, SVP, SPS SBV, SGB, TS	FR, BL, SAV, KFMV	AG, GR, NE, VD, VS SGV, SSV, SAB, sgv, SBVg LU, AR, JU KdK, Mitte

2.2.15 Entflechtung zwischen Bund und AHV

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.15	SZ, NW, ZG, TG, FDP, EVP, GLP, SVP, Economiesuisse, SAV, KFMV	BE, SO, BS, TI Grüne, SPS sgv, SGB, TS	ZH, UR, OW, GL, FR, BL, GE, SBV	SH, AI, AG, SG, GR, NE, VD, VS EDU, SGV, SSV, SAB, sgv, SBVg LU, AR, JU KdK, Mitte

2.2.16 Dämpfung der Ausgabenentwicklung im Bereich der obligatorischen Krankenpflegeversicherung

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.16	SZ, NW, ZG, BL, FDP, SVP, Economiesuisse	ZH, BE, UR, OW, GL, FR, SO, BS, SH, AI, GR, AG, TG, TI, VD, VS, GE EVP, GLP, Grüne, SPS SGB, TS	SAV, SBV, KFMV	SG, NE EDU, SGV, SSV, SAB, sgv, SBVg LU, AR, JU KdK, Mitte

2.2.17 Verkürzung der Abgeltungspflicht für die Globalpauschalen auf 4 Jahre

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.17	SZ, ZG, FDP, SVP, Economiesuisse	ZH, BE, UR, OW, NW, GL, FR, SO, BS, BL, SH, AI, SG, GR, AG, TG, TI, VD, VS, NE, GE, EVP, Grüne, GLP, SPS, SGV, SSV, SGB, TS	SAV, SBV, KFMV	EDU, SAB, sgv, SBVg, LU, AR, JU, KdK, Mitte

2.2.18 Verzicht auf Ausbildungsbeiträge Opferhilfe

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.18	SZ, OW, NW, GL, ZG, BS, GR, TG, FDP, SVP, Economiesuisse	ZH, BE, UR, SO, BL, SH, TI, EVP, Grüne, GLP, SPS, SGB, TS	FR, GE, SAV, SBV, KFMV	AI, AG, SG, NE, VD, VS, EDU, SGV, SSV, SAB, sgv, SBVg, LU, AR, JU, KdK, Mitte

2.2.19 BIF: Kürzung der Einlagen

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.19	SZ, GL, ZG, SG, FDP, GLP, SVP, Economiesuisse	ZH, BE, UR, OW, NW, SO, BS, BL, SH, AI, GR, AG, TG, TI, VD, VS, NE, GE, EVP, Grüne, SPS, SGV, SSV, SAB, SGB, TS	FR, SAV, SBV, KFMV	EDU, sgv, SBVg, LU, AR, JU, KdK, Mitte

2.2.20 Verzicht auf Förderung des grenzüberschreitenden Personenschienenverkehrs

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.20	UR, SZ, NW, GL, ZG, FR, TG, TI, FDP, SVP, Economiesuisse	BE, SO, BS, BL, GE EVP, Grüne, GLP, SPS SSV, SAB SGB, TS	ZH, OW SAV, SBV, KFMV	SH, AI, AG, SG, GR, NE, VD, VS EDU, SGV, sgv, SBVg LU, AR, JU KdK Mitte

2.2.21 Teilverzicht auf Förderung alternativer Antriebssysteme für Busse und Schiffe

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.21	SZ, NW, ZG, EVP, FDP, SVP, Economiesuisse	ZH, BE, UR, OW, GL, FR, SO, BS, SH, AI, SG, GR, TG, TI, VD, VS, NE, GE Grüne, GLP, SPS SGV, SSV, SAB SGB, TS	BL, SAV, SBV, KFMV	AG, EDU, sgv, SBVg LU, AR, JU KdK Mitte

2.2.22 Verzicht auf Beiträge für automatisiertes Fahren

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.22	UR, SZ, NW, GL, ZG, BS, BL, TG EVP, FDP, Grüne, SVP, Economiesuisse	ZH, BE, FR, SO, SH, TI, GE GLP, SPS SGB, TS	OW, SAV, SBV, KFMV	AI, AG, SG, GR, NE, VD, VS EDU, SGV, SSV, SAB, sgv, SBVg LU, AR, JU KdK Mitte

2.2.23 Kürzung der allgemeinen Strassenbeiträge

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.23	SZ, NW, GL, ZG, EVP, FDP, GLP, SVP, Economiesuisse	ZH, BE, OW, FR, SO, BS, BL, SH, GR, TG, TI, VD, VS, NE, GE, Grüne, SPS SAB, SGB, TS	SAV, SBV, KFMV	UR, AI, AG, SG EDU, SGV, SSV, sgv, SBVg LU, AR, JU KdK, Mitte

2.2.24 Kürzung der Bundesbeiträge an Regionalflughäfen auf Bundesinteressen

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.24	SZ, ZG, TG, EVP, Grüne, FDP, GLP, SVP, Economiesuisse	BE, NW, FR, SO, SG, GR, TI, VS, NE SAB, SPS SGB, TS	ZH, OW, GL, BS, BL, GE, SAV, SBV, KFMV	UR, SH, AI, AG, VD, EDU, SGV, SSV, sgv, SBVg LU, AR, JU KdK, Mitte

2.2.25 BAFU: Verzicht auf Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.25	SZ, NW, GL, ZG, TG, FDP, SVP, Economiesuisse	ZH, BE, UR, FR, SO, BS, BL, AG, TI, GE EVP, Grüne, GLP, SPS SSV SGB, TS	OW, SAV, SBV, KFMV	SH, AI, SG, GR, NE, VD, VS, EDU, SGV, SAB, sgv, SBVg LU, AR, JU KdK, Mitte

2.2.26 Verzicht auf weitere Fondseinlagen Landschaft Schweiz

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.26	SZ, NW, ZG, BS, TG, FDP, SVP, Economiesuisse	ZH, BE, UR, OW, GL, FR, SO, SH, TI, VD, VS, GE EVP, Grüne, GLP, SPS SAB SBV, SGB, TS	BL, SAV, KFMV	AI, AG, SG, GR, NE, EDU, SGV, SSV, sgv, SBVg LU, AR, JU KdK, Mitte

2.2.27 Verzicht auf Förderung im Bereich Bildung und Umwelt

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.27	SZ, NW, GL, ZG, BS, TG, FDP, GLP, SVP, Economiesuisse, SAV	ZH, BE, UR, OW, FR, SO, BL, SH, GR, TI, GE EVP, Grüne, SPS SSV SBV, SGB, KFMV, TS		AI, AG, SG, NE, VD, VS, EDU, SGV, SAB, sgv, SBVg LU, AR, JU KdK, Mitte

2.2.28 Verzicht auf Beihilfen Viehwirtschaft

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.28	GL, ZG, TG, EVP, FDP, Grüne, GLP, Economiesuisse	BE, UR, SZ, OW, NW, SO, AI, TI, GE EDU, SVP, SPS SAB SBV, SGB, TS	ZH, FR, BS, BL, SAV, KFMV	SH, AG, SG, GR, NE, VD, VS SGV, SSV, sgv, SBVg LU, AR, JU KdK, Mitte

2.2.29 Erhöhung Versteigerung Zollkontingente

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.29	SZ, NW, GL, ZG, SG, TG, EVP, FDP, Grüne, GLP, Economiesuisse	BE, UR, SO, AI, AG, TI, VD, GE EDU, SVP, SPS SAB sgv, SBV, SGB, TS	ZH, OW, FR, BS, BL, SAV, KFMV	SH, GR, NE, VS, SGV, SSV, SBVg LU, AR, JU KdK, Mitte

2.2.30 Kürzung der Landschaftsqualitätsbeiträge auf 50 Prozent

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.30	SZ, ZG, EVP, FDP, SVP Economiesuisse	ZH, BE, UR, OW, NW, GL, FR, SO, BS, BL, SH, AI, GR, AG, TG, TI, VD, VS, NE, GE EDU, Grüne, GLP, SPS SAB SBV, SGB, TS	SAV, KFMV	SG, SGV, SSV, sgv, SBVg LU, AR, JU KdK, Mitte

2.2.31 Priorisierungen bei Subventionen für Klimapolitik

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.31	SZ, ZG, FDP, SVP, Economiesuisse	ZH, BE, UR, OW, NW, GL, FR, SO, BS, BL, SH, SG; GR, AG, TG, TI, VD, VS, NE, GE EVP, Grüne, GLP, SPS SGV, SSV, SAB SBV, SBVg, SGB, TS	SAV, KFMV	AI, EDU, sgv LU, AR, JU KdK, Mitte

2.2.32 BFE: Verzicht auf Unterstützung von Pilot- und Demonstrationsanlagen

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.32	SZ, NW, GL, ZG, SH, SG, GR, TG, EVP, FDP, SVP, Economiesuisse	ZH, BE; FR, SO, BS, BL, AG, TI, VD, VS, GE Grüne, GLP, SPS, SSV, SGB, TS	OW, SAV, SBV, KFMV	UR, AI, NE SGV, SAB, EDU, sgv, SBVg LU, AR, JU KdK, Mitte

2.2.33 Regionalpolitik: Verzicht auf weitere Fondseinlagen und auf Steuererleichterungen

Teil Verzicht auf weitere Fondseinlagen

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.33	SZ, ZG, BS, TG, EVP, FDP, GLP, SVP, Economiesuisse	ZH, BE, UR, FR, AR, OW, NW, GL, SO, BL, SH, SG, GR, AG, TI, VS, NE, GE, JU Grüne, EDU, SPS SGV, SAB SBV, SGB, TS	SAV, KFMV	AI, VD SSV, sgv, SBVg LU, KdK, Mitte, SAV, SGV, SVV

Teil Verzicht auf Steuererleichterungen

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.33	ZH, SZ, ZG, FR, BS, TG EVP, GLP, SVP, FDP Economiesuisse	UR, SO, BL, SH, AR, GR, VS, NE, GE, JU EDU, SBV TS, SAB	SAV, KFMV	BE, OW, NW, GL, AI, SG, AG, TI Grüne, SPS, sgv, SBVg, SGV, SGB, KdK, Mitte

2.2.34 Kürzung des soziodemografischen Lastenausgleichs

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.34	SZ, EVP, FDP, SVP, Economiesuisse	ZH, BE, OW, NW, GL, ZG, FR, SO, BS, BL, SH, AI, GR, AG, TG, TI, VD, VS, NE, GE Grüne, GLP, SPS, SSV, SGB, TS	SAV, SBV, KFMV	UR, SG SGV, SAB, EDU, sgv, SBVg LU, AR, JU KdK, Mitte

2.2.35 Höhere Besteuerung von Kapitalbezügen der 2. und 3. Säule

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.35	GR, EVP, Grüne, SGB	ZH, BE, UR, SZ, OW, NE, GL, ZG, SO, BL, SH, TG, TI, VD, GE Mitte, EDU, FDP, GLP, SVP, SPS Econo- miesuisse, sgv, SAV, SBVg, KFMV, TS	FR, BS SBV,	AI, AG, SG, NE, VS, SGV, SSV, SAB LU, AR, JU KdK

2.2.36 Änderung Subventionsgesetz

	Zustimmung (inkl. mit Anpassung)	Ablehnung	Enthaltung	Verzicht auf Rückmeldung
Nr. 2.36	BE, SZ, NW, ZG, BS, FDP, Grüne, GLP, SVP, Econo- miesuisse, SAV	UR, GL, SO, BL, SH, GR, TG, TI, VD, VS, EVP, SPS, SSV, SAB SBV, SGB, TS	ZH, OW, FR, GE KFMV	AI, AG, SG, NE, EDU, SGV, sgv, SBVg LU, AR, JU KdK, Mitte

2.3 Vernehmlassungsergebnis weitere interessierte Kreise

Die weiteren interessierten Kreise äussern sich mehrheitlich jeweils ablehnend zu jenen Massnahmen, von denen sie betroffen sind.

Die FDP reichte rund 6'900 weitgehend gleichlautende Stellungnahmen von Privatpersonen gegen die Erhöhung der Besteuerung von Kapitalbezügen ein.

Rund 200 Stellungnahmen gingen von Unternehmen und Organisationen aus den Gebieten **Gesundheit, soziale Wohlfahrt und Migration** ein. Diese kritisieren insbesondere die Massnahmen Dämpfung Ausgabenentwicklung OKP, die Massnahmen im Bereich Asyl und internationale Zusammenarbeit, die Kürzung bei der indirekten Presseförderung sowie die Entlastungsmassnahmen im Gebiet Bildung. Ausserdem wird gefordert, Finanzhilfen aus dem IV-Fonds von der Änderung des Subventionsgesetzes auszunehmen.

Ebenfalls rund 200 Stellungnahmen gingen von Unternehmen und Organisationen aus dem Gebiet **Land- und Forstwirtschaft sowie Ernährung** ein. Neben sämtlichen Massnahmen im Bereich Land- und Ernährungswirtschaft werden insbesondere die Kürzung der indirekten Presseförderung, die Massnahmen im Bereich Klima und Umwelt, die Kürzung der Berufsbildungsausgaben, die höhere Besteuerung von Kapitalbezügen der 2. und 3. Säule sowie die Änderung des Subventionsgesetzes abgelehnt.

Rund 200 Stellungnahmen wurden von Unternehmen und Organisationen aus dem Gebiet **Umwelt, Energie und Klimapolitik** abgegeben. Diese lehnen neben allen Massnahmen im Bereich Klima und Umwelt insbesondere die Kürzung Innosuisse, die Kürzung der indirekten Presseförderung, die Kürzung der BIF-Einlage, den Verzicht beim grenzüberschreitenden Personenschienenverkehr, den Teilverzicht auf alternative Antriebssysteme, die Erhöhung des Kostendeckungsgrads RPV sowie die Änderung des Subventionsgesetzes ab.

Rund 150 Stellungnahmen von Institutionen und Organisationen im **Bereich Bildung und Forschung** richteten sich gegen die Entlastungsmassnahmen in diesen Bereichen. Abgelehnt werden von verschiedenen Organisationen insbesondere die Stärkung der Nutzerfinanzierung der kantonalen Hochschulen, der Verzicht auf projektgebundene Beiträge an die Hochschulen, die Kürzung des Bundesbeitrags für Innosuisse, die Aufhebung der Förderbestimmungen im Weiterbildungsgesetz sowie die BFI-Massnahmen ohne Gesetzesänderungen (Stärkung der Nutzerfinanzierung im ETH-Bereich, Kürzung des Bundesbeitrags für den SNF, Kürzung der Ressortforschung).

Neben den direkt betroffenen **Medienorganisationen** äusserten sich rund 100 Stellungnahmen von ausländischen Interessensgruppierungen mit weitgehend gleichem Inhalt gegen den Beitragsverzicht an das Auslandangebot der SRG. Ausserdem werden die Änderung des Subventionsgesetzes sowie die Massnahmen im Eigen- und Transferbereich EDA (insb. Kürzung Auslandschweizerbeziehungen) und Kulturbereich (insb. Kürzung Schweizerschulen) kritisiert. Rund 50 Stellungnahmen von Unternehmen und Organisationen aus dem Bereich Medien äussern sich zudem insbesondere gegen die Kürzung der indirekten Presseförderung, den Verzicht auf den Beitrag Ausbildung Programmschaffende und den Verzicht auf Beiträge an die Verbreitung von Programmen in Bergregionen.

Rund 100 weitgehend gleichlautende Stellungnahmen wurden von Unternehmen und Organisationen aus dem Bereich **Kultur** eingereicht. Abgelehnt werden insbesondere die Kürzungen im Kulturbereich, der Verzicht Auslandangebot SRG, sämtliche Massnahmen im Bildungsbereich, die Kürzung der indirekten Presseförderung sowie das Einfrieren der IZA-Ausgaben. Zudem sollen Einkommen unter 100 Tsd. Franken von der Steuererhöhung Kapitalbezüge ausgenommen werden.

Ebenfalls rund 100 Stellungnahmen gingen von Organisationen aus dem Bereich **Sport** ein. Abgelehnt werden insbesondere die Kürzung Sportförderung, die Kürzungen der ausserschulischen Kinder- und Jugendförderung sowie der indirekten Presseförderung (insb. Mitgliedschafts- und Stiftungspresses).

Weiter gingen rund 50 Stellungnahmen von **Wirtschafts- und Handelsverbänden** ein. Diese kritisierten insbesondere die Erhöhung der Besteuerung von Kapitalbezügen aus der zweiten und dritten Säule. Je nach Betroffenheit wurden ausserdem die Kürzungsmassnahme Regionalpolitik sowie die Massnahmen im Bereich Tourismus, verschiedene Massnahmen im Bereich der Bildung (insb. Kürzung Weiterbildung und Berufsbildung), Kürzungen bei der Klimapolitik sowie verschiedene Massnahmen im Bereich Verkehr oder Landwirtschaft kritisiert.

Ausserdem gingen rund 50 Stellungnahmen von **Orts-, Bürgergemeinden etc.** ein. Diese lehnen insbesondere den Verzicht auf Beiträge an Einsätze von Zivildienstpflichtigen, die Kürzung der indirekten Presseförderung (insb. Mitgliedschafts- und Stiftungspresses), die Massnahmen im Bereich Umwelt- und Klima, die Kürzungsmassnahmen im Bereich Strasse und Schiene, die Kürzung Beihilfen Viehwirtschaft sowie Qualitäts- und Absatzförderung, den Verzicht auf Fondseinlagen Regionalpolitik sowie die Massnahmen ohne Gesetzesänderung im Bereich Tourismus und die Anpassung des Subventionsgesetzes ab.

Weiter gingen rund 50 Stellungnahmen von Unternehmen und Organisationen aus dem Bereich **Finanzen und Versicherungen** ein. Diese äussern sich insbesondere ablehnend gegen eine Erhöhung der Besteuerung von Kapitalbezügen aus der zweiten und dritten Säule.

Ebenfalls rund 50 Stellungnahmen trafen von Unternehmen und Organisationen aus dem Bereich **Verkehr** ein. Abgelehnt werden je nach Interessensbereich der Organisation insbesondere die Kürzung der BIF-Einlage, der Verzicht Förderung grenzüberschreitenden Personenschienenverkehr, der Teilverzicht auf die Förderung alternativer Antriebssysteme, der Verzicht auf Beiträge an automatisiertes Fahren, die Kürzung der allgemeinen Strassenbeiträge, die Kürzung der Beiträge an Regionalflughäfen, die Kürzung der indirekten Presseförderung (insb. Mitgliedschafts- und Stiftungspresses), die Förderung Pilot- und Demonstrationsanlagen sowie weitere Kürzungen im Bereich Umwelt und Klima, die Anpassung des Subventionsgesetzes sowie die Verkehrsmassnahmen ohne Gesetzesänderung (Kürzung Hauptstrassen, Kürzung Einlage NAF, Erhöhung Kostendeckungsgrad im regionalen Personenverkehr).

Rund 50 weitgehend gleichlautende Stellungnahmen gingen zudem von **Kinder- und Jugendorganisationen** gegen die Kürzung der Subventionen für ausserschulische Kinder- und Jugendförderung ein. Zudem wird die Kürzung der indirekten Presseförderung abgelehnt (insb. Mitgliedschafts- und Stiftungspresses).

Es gingen zudem rund 180 einzelne Stellungnahmen von **Privatpersonen** ein. Auch diese äussern sich je nach Betroffenheit ablehnend zu einzelnen Entlastungsmassnahmen (insb. Auslandsangebot der SRG, Bildungsmassnahmen, Besteuerung von Kapitalbezügen).

2.4 Rückmeldung zu Massnahmen ohne Gesetzesänderung

Die Vernehmlassungsvorlage EP27 umfasste 36 Massnahmen, die eine Gesetzesänderung benötigen. 23 Massnahmen können ohne Gesetzesanpassungen umgesetzt werden und waren deshalb nicht Teil der Vernehmlassung. Diese Massnahmen wird der Bundesrat den Eidgenössischen Räten im Rahmen des Voranschlags 2027 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2028-2030 im ordentlichen Budgetverfahren zur Diskussion stellen. Verschiedene Vernehmlassungsadressaten äusserten sich trotzdem (vornehmlich ablehnend) zu einzelnen Massnahmen ohne Gesetzesänderung. Die Stellungnahmen werden aus verwaltungsökonomischen Gründen nicht wiedergegeben.

3 Adressatenverzeichnis

3.1 Kantone

Abkürzung	Bezeichnung
ZH	Staatskanzlei des Kantons Zürich
BE	Staatskanzlei des Kantons Bern
LU	Staatskanzlei des Kantons Luzern
UR	Standeskanzlei des Kantons Uri
SZ	Staatskanzlei des Kantons Schwyz
OW	Staatskanzlei des Kantons Obwalden
NW	Staatskanzlei des Kantons Nidwalden
GL	Staatskanzlei des Kantons Glarus
ZG	Staatskanzlei des Kantons Zug
FR	Chancellerie d'Etat du Canton de Fribourg
SO	Staatskanzlei des Kantons Solothurn
BS	Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt
BL	Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft
SH	Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen
AR	Kantonskanzlei des Kantons Appenzell Ausserrhoden
AI	Ratskanzlei des Kantons Appenzell Innerrhoden
SG	Staatskanzlei des Kantons St. Gallen
GR	Standeskanzlei des Kantons Graubünden
AG	Staatskanzlei des Kantons Aargau
TG	Staatskanzlei des Kantons Thurgau
TI	Cancelleria dello Stato del Cantone Ticino
VD	Chancellerie d'Etat du Canton de Vaud
VS	Chancellerie d'Etat du Canton du Valais
NE	Chancellerie d'Etat du Canton de Neuchâtel
GE	Chancellerie d'Etat du Canton de Genève
JU	Chancellerie d'Etat du Canton du Jura
KdK	Konferenz der Kantonsregierungen

3.2 In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien

Abkürzung	Bezeichnung
Die Mitte	Die Mitte
EDU	Eidgenössisch-Demokratische Union
EVP	Evangelische Volkspartei der Schweiz
FDP	FDP. Die Liberalen
Grüne	GRÜNE Schweiz
GLP	Grünliberale Partei Schweiz
SVP	Schweizerische Volkspartei
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz

3.3 Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

Abkürzung	Bezeichnung
SGV	Schweizerischer Gemeindeverband
SVV	Schweizerischer Städteverband
SAB	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete

3.4 Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft

Abkürzung	Bezeichnung
Economiesuisse	economiesuisse Verband der Schweizer Unternehmen
sgv	Schweizerischer Gewerbeverband
SAV	Schweizerischer Arbeitgeberverband
SBV	Schweiz. Bauernverband
SBVg	Schweizerische Bankiervereinigung
SGB	Schweiz. Gewerkschaftsbund
KFMV	Kaufmännischer Verband Schweiz
TS	Travail.Suisse